

# Von Anstand und Liederlichkeit Armut und ihre Wahrnehmung in der DDR (1961–1989)

Christoph Lorke

## 1. Armut in der DDR – Wie beschreiben, was es nicht geben durfte?

Als 1964 drei „ZEIT“-Journalisten das „ferne Land“ DDR bereisten und ihre Eindrücke in einem Buch festhielten, suchten sie vergeblich nach sozialen Schief-lagen: Zwar herrsche „eine gewisse Tristesse“, doch insgesamt gehe es „schon voran“, diagnostizierten die Reporter; ähnlich wie in der Bundesrepublik sei „Beleibtheit [...] auch drüben schon ein Problem“.<sup>1</sup> Dieses positiv konnotierte Bild setzte sich etwa mit der „Welt-Einkommenspyramide“ des Jahres 1980 fort: Laut dieser Aufstellung rangierte der „Arbeiter- und Bauernstaat“ unter den „wohlhabenden“ Nationen – gemeinsam mit Japan, Österreich und Spanien, aber noch vor Griechenland oder Südkorea.<sup>2</sup>

Nicht nur diese Außensicht vermittelt das Bild eines von Armut scheinbar losgekoppelten Staats; auch (und gerade) in ihren Selbstbeschreibungen hielt die DDR-Führung an der Doktrin des Siegs über soziale Notlagen fest. Der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch bezeichnete es 1987 als ein „Wunder“, dass Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Armut nicht existierten. Jeder Besucher der DDR könne stattdessen „mit eigenen Augen sehen, wie zutiefst menschlich der Sozialismus ist“.<sup>3</sup> Noch wenige Monate vor dem Mauerfall wurde soziale Sicherheit als *das* „Wesensmerkmal“ des Sozialismus definiert. In einem Bericht des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften war etwa zu lesen, materielles Elend und „lebensbedrohende Armut“ seien, anders als in hochentwickelten kapitalistischen Ländern, in der DDR „endgültig“ überwunden.<sup>4</sup>

Fernab von Beteuerungen dieser Art existierten indes durchaus soziale Missstände. Exemplarisch soll im Folgenden anhand der Rentner und der kinderreichen Familien die Unterversorgung zweier Armut-Gruppen sozialhistorisch

---

<sup>1</sup> Marion Dönhoff/Rudolf Walter Leonhardt/Theo Sommer, *Reise in ein fernes Land. Bericht über Kultur, Wirtschaft und Politik in der DDR*, Hamburg 1964, S. 98ff.

<sup>2</sup> Die Welt-Einkommenspyramide, in: *Süddeutsche Zeitung*, 23.12.1980.

<sup>3</sup> Schlußwort des Genossen Harry Tisch auf dem Erfahrungsaustausch des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB mit Vorsitzenden von Frauenkommissionen anlässlich des 35jährigen Bestehens der Frauenkommission am 15. Januar 1987 in Berlin-Schmöckwitz, Bundesarchiv (Berlin, im Folgenden: BA), DY 34/14636, Bl. 32.

rekonstruiert werden. Auf der Basis von interner Überlieferung, zeitgenössischen wissenschaftlichen Qualifikationsarbeiten und Medienberichten<sup>5</sup> kann zudem nachvollzogen werden, welche „Armut“-Images<sup>6</sup> über beide Gruppen in der DDR-„Öffentlichkeit“ dominierten.<sup>7</sup> Wie wurde in der DDR „Armut“ benannt, und wie wurde über sie kommuniziert? Wie wurden in der sozialen Praxis Images der Armut etabliert, funktionalisiert, transformiert und aktualisiert?

Die Beschäftigung mit sozialer Ungleichheit führt den Historiker auf „normativ ‚vermintes‘ Gelände“.<sup>8</sup> Im Fall der DDR kommt eine weitere Problematik hinzu: Durch die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln war eine homogene Gesellschaft ohne Klassenunterschiede angestrebt; soziale Gleichheit und Gerechtigkeit sollten Jahrhunderte der Ausbeutung und Unterdrückung ablösen. „Armut“ galt dem Sozialismus schlicht als „wesensfremd“, war sie doch unzweideutig gesellschaftlich bedingt gewesen. Die SED-Oberen propagierten unermüdlich die Vision einer egalitären Ordnung. Selbst als sie in den 1980er-Jahren aufgrund der mangelnden Effizienz der DDR-Wirtschaft materielle Anreize durch Einkommensdifferenzen aufwerteten, hielten sie an dem Axiom fest, dass mögliche Unterschiede nur bei einer „Anhebung der unteren Niveaus“ legitim seien und die „Reproduktionsmechanismen solcher Differenzierungen aufgehoben“ bleiben sollten.<sup>9</sup> Trotz des partiellen Eingeständ-

<sup>4</sup> Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR, Zu Entwicklungstendenzen des ökonomischen Wachstums auf dem Wege der umfassenden Intensivierung der Volkswirtschaft in den 90er Jahren (und darüber hinaus), Mai 1989, BA, DC 20, 5280a, Bl. 12.

<sup>5</sup> Zur Relevanz jüngst Michael Meyen, Jenseits von Gleichförmigkeit und Propaganda: Warum es sich lohnt, DDR-Zeitungen zu untersuchen, in: Anke Fiedler/Michael Meyen (Hg.), *Fiktionen für das Volk: DDR-Zeitungen als PR-Instrument. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen*, Münster 2011, S. 7-23.

<sup>6</sup> Darunter werden im Anschluss an kultursoziologische und kommunikationswissenschaftliche Modelle Vorstellungsbilder auch zu sozialen Gruppen verstanden. Die Vorstellung „Armut“ etwa drückt bestimmte Images aus, wobei nicht nur der jeweils tatsächliche soziale Tatbestand widergespiegelt wird, sondern in weitaus stärkerem Maße auch vorgestellte, vermutete Eigenschaften, soziale und personale „Eigenarten“ repräsentiert werden. Vgl. grundlegend Gerhard Kleining, Über soziale Images, in: David V. Glass/René König (Hg.), *Soziale Schichtung und soziale Mobilität*, Köln 1961, S. 144-170; Siegfried J. Schmidt, Die Wirklichkeiten der Images, in: Gerhard Johann Lischka/Peter Weibel (Hg.), *Das Regime des Image. Zwischen mimischen Display und Corporate Branding*, Bern 2003, S. 43-60; York Kautt, *Image. Zur Genealogie eines Kommunikationscodes der Massenmedien*, Bielefeld 2008.

<sup>7</sup> Zur Problematik des Öffentlichkeits-Begriffs siehe Jens Gieseke, Bevölkerungsstimmungen in der geschlossenen Gesellschaft. MfS-Berichte an die DDR-Führung in den 1960er- und 1970er-Jahren, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 5 (2008), S. 236-257, hier S. 239-242; Gábor T. Rittersporn/Malte Rolf/Jan C. Behrends (Hg.), *Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten*, Frankfurt a.M. 2003.

<sup>8</sup> Peter A. Berger, Deutsche Ungleichheiten – eine Skizze, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 55 (2005) H. 37, S. 7-16, hier S. 7. Siehe auch den Beitrag von Thomas Mergel in diesem Heft.

nisses zumindest in der Soziologie der DDR, dass es prekäre soziale Lagen gab, war deren offizielle Anerkennung vonseiten der Einheitspartei indes ausgeschlossen.

„Armut“ war in der DDR kein Begriff, der in den Beschreibungen sozialer Erscheinungen des eigenen Lands vorkam. Für die historische Analyse ist es allerdings jenseits dieser semantischen Lücke durchaus möglich zu rekonstruieren, welche Grundbedürfnisse den Zeitgenossen in verschiedenen Lebensbereichen wie Ernährung, Kleidung, Wohnsituation, Gesundheit oder Bildung im Vergleich zum als „normal“ erachteten Standard „unzureichend“ erschienen. Im Sinne des konstruktivistischen Armutsverständnisses von Georg Simmel<sup>10</sup> gehe ich deshalb der Frage nach, wie soziale Ungleichheiten auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen (Politik, Wissenschaft, Medien) thematisiert wurden. Je nach historischem Zeitpunkt und gesellschaftlicher Verfasstheit wurden unterschiedliche Vorstellungen und Bilder mit „Armut“ assoziiert. Darunter wurde jedoch immer eine Situation des Mangels verstanden. Der folgende Versuch, eine Kommunikationsgeschichte über „Armut“ und „Arme“ im Staatssozialismus zu schreiben, greift auf eine Definition der Armutsforscher Wolfgang Glatzer und Werner Hübinger zurück. Gemäß einer „relativen“ Armutskonzeption charakterisieren sie Armut allgemein als „inferiore Lebenslagen“, die in materiellen und immateriellen Dimensionen „unterhalb von Minimalstandards“ zu erkennen seien.<sup>11</sup> Eine solche Analyse fordert eine Historiographie heraus, die die DDR meist als sozial weitgehend egalitäre Gesellschaft begreift und dazu neigt zu übersehen, wie vielschichtig sie tatsächlich war. Mit dem Blick auf den „unteren Rand der Gesellschaft“ betrachtet die zeithistorische Forschung hingegen auch die Grenzen der Steuerungsfähigkeit und damit der „Durchherrschaft“ (Alf Lüdtke/Jürgen Kocka) des sozialen Lebens durch das SED-Regime.

## 2. Arbeitsmoral und „Überbleibsel“: Armut im Selbstverständnis der DDR

Die Folgen des Zweiten Weltkriegs führten wie in den Westzonen auch in der Sowjetischen Besatzungszone dazu, dass die Masse der Bevölkerung in Hinblick auf Nahrung, Wohnung und Gesundheit eklatant unterversorgt war.<sup>12</sup> Angesichts eines Konglomerats aus Flüchtlingsströmen, Tuberkulosefällen, an-

<sup>9</sup> Manfred Lötsch, Sozialstruktur der DDR – Kontinuität und Wandel, in: Heinz Timmermann (Hg.), *Sozialstruktur und sozialer Wandel in der DDR*, Saarbrücken 1988, S. 13-26, hier S. 18.

<sup>10</sup> Georg Simmel, *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, Leipzig 1908, S. 371f.

<sup>11</sup> Wolfgang Glatzer/Werner Hübinger, Lebenslagen und Armut, in: Diether Döring (Hg.), *Armut im Wohlstand*, Frankfurt a.M. 1990, S. 31-55, hier S. 44.

steigender Kriminalität und der alltäglichen Erfahrung des Hungers reflektierte das SED-Regime zwar die materiellen Notlagen vieler Menschen in der frühen DDR. Sie galten jedoch als „Altlasten“ und „Überbleibsel“ einer faschistischen bzw. kapitalistischen Gesellschaftsordnung,<sup>13</sup> die mit fortschreitendem „Aufbau des Sozialismus“ von selbst verschwinden würden. Zunächst konnte eine pragmatisch ausgerichtete Sozialpolitik drängendste Alltagsprobleme bewältigen und akute Notlagen abmildern.<sup>14</sup> Der SED gelang es durch rigide Maßnahmen der Sozialfürsorge und Sozialpolitik, die Entwicklung zu kontrollieren.<sup>15</sup> Dadurch konnte sie die sozialen Strukturen rasch in ihrem Sinne beeinflussen: Während 1947 fast sechs Prozent der Gesamtbevölkerung auf staatliche Fürsorge angewiesen waren, bezogen 1959 nur noch etwa ein Prozent derartige Leistungen. Später trat dies noch weiter in den Hintergrund: Ende 1988 erhielten 5.485 Bürgerinnen monatliche Sozialfürsorgeunterstützung; davon waren die überwiegende Mehrheit Frauen im Rentenalter. Hinzu kamen Alleinstehende sowie Kinder und Jugendliche aus zumeist kinderreichen Familien.<sup>16</sup>

Der Diskurs über die verbliebenen sozialen Randlagen war durch zwei Phänomene charakterisiert: Erstens schloss er beinahe ungebrochen an die seit dem Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit tradierten Moralvorstellungen an,<sup>17</sup> dass nämlich zu trennen sei zwischen ehrbar-ehrliehen „Würdigen“ und faulen, nichtsnutzigen „Unwürdigen“. Weite Teile der Handwerker und Arbeiter akzeptierten solche überkommenen und revitalisierten Vorstellungen von „Armut“.<sup>18</sup> Dabei galten das Proletariat sowie Rentner, kinderreiche Familien und Alleinerziehende als „gute Arme“.<sup>19</sup> Eng damit verknüpft war zweitens die Vorstellung von Arbeit als dem entscheidenden „Vergesellschaftungskern“<sup>20</sup> der sozia-

<sup>12</sup> Marcel Boldorf, *Sozialfürsorge in der SBZ/DDR 1945–1953. Ursachen, Ausmaß und Bewältigung der Nachkriegsarmut*, Stuttgart 1998.

<sup>13</sup> Vgl. als frühes Beispiel den Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands, 11. Juni 1945, in: Lothar Berthold/Ernst Diehl (Hg.), *Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus*, Berlin (Ost) 1964, S. 191–200.

<sup>14</sup> Dierk Hoffmann, *Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR. Der Umbau der Sozialversicherung 1945–1956*, München 1996, S. 24ff.

<sup>15</sup> Boldorf, *Sozialfürsorge* (Anm. 12), S. 483; Matthias Willing, „Sozialistische Wohlfahrt“. *Die staatliche Sozialfürsorge in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR (1945–1990)*, Tübingen 2008, S. 195.

<sup>16</sup> Brief von OMR Dr. Harig an Ministerrat der DDR, Leiter der Abt. Finanzen, Genosse Mielke, 3.8.1989. Übergabe des Entwurfs der Verordnung über die Leistungen der Sozialfürsorge, BA, DQ 1/14389, Bl. 2.

<sup>17</sup> Sven Korzilius, „Asoziale“ und „Parasiten“ im Recht der SBZ/DDR. *Randgruppen im Sozialismus zwischen Repression und Ausgrenzung*, Köln 2005, S. 697.

<sup>18</sup> Michael Schwartz, „Proletarier“ und „Lumpen“. Sozialistische Ursprünge eugenischen Denkens, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 42 (1994), S. 537–570.

<sup>19</sup> Jörg Neuheiser, Von Proletariern, Lumpen und Entfremdung. Armut und Arme in sozialistischer Sicht, in: Herbert Uerlings (Hg.), *Armut. Perspektiven in Kunst und Gesellschaft*, Darmstadt 2011, S. 102–111, hier S. 107f.

listischen Ordnung. Dies hatte eine starke Benachteiligung der nicht am Produktionsprozess beteiligten Bevölkerungsgruppen zur Folge. Die hohe moralische und ideologische Bedeutung des Arbeitens bildete die Grundlage für die ausgeprägte Erwerbsorientierung sozialistischer Sozialpolitik, die keineswegs auf die DDR beschränkt war.<sup>21</sup> Hinzu kam die Vorstellung, menschliches Bewusstsein durch Arbeit modellieren zu können. Wer den Anforderungen von „Arbeit und Pflichterfüllung“<sup>22</sup> nicht Folge leistete, musste mit Konsequenzen rechnen.<sup>23</sup>

Der Mauerbau war eine wichtige Zäsur für die Perzeption von Armut im DDR-Staatssozialismus. Im Zuge des nach 1961 etablierten „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ konnten bescheidene wirtschaftliche Erfolge erzielt werden: Ende der 1960er-Jahre stieg die DDR zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht im „Ostblock“ auf, die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln galt als gesichert, das Bruttosozialprodukt wuchs von 1960 bis 1969 jährlich um durchschnittlich fünf Prozent. Preissenkungen fungierten bei gleichzeitigen Lohnerhöhungen<sup>24</sup> als wirksames propagandistisches Mittel; sie unterstrichen nach innen und außen den allgemeinen Fortschritt der DDR. Den Anspruch des „Einholens und Überholens“ konnte die DDR indes zu keiner Zeit auch nur annähernd einlösen. Beim Lebensstandard vergrößerte sich der Rückstand zur Bundesrepublik sogar noch weiter.

Gleichwohl herrschte nach dem Mauerbau eine Zuversicht, Phänomene wie Ungleichheit und Armut endgültig beseitigen und verbleibende soziale Problemlagen durch Umerziehung überwinden zu können. In diese Zeit eines festen Glaubens an die Steuer- und Planbarkeit gesellschaftlicher Entwicklungen fällt die Etablierung der Soziologie. Auch wenn in der sozialwissenschaftlichen Forschung der DDR „Armut“ kein explizites Thema werden durfte, gingen vertrauliche Studien doch zumindest „Versorgungsmängeln“ nach.<sup>25</sup> Im Windschatten eines allgemeinen Fortschrittsdenkens sowie einer dezidiert geför-

<sup>20</sup> Martin Kohli, *Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung*, in: Hartmut Kaelble (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 31-61, hier S. 41f.

<sup>21</sup> Klaus Roth (Hg.), *Arbeit im Sozialismus – Arbeit im Postsozialismus. Erkundungen des Arbeitslebens im östlichen Europa*, Münster 2004.

<sup>22</sup> So etwa die Forderung des damaligen Leiters des Instituts für Strafrecht der Humboldt-Universität zu Berlin: Erich Buchholz, *Wesen der Kriminalität in der DDR und Möglichkeiten ihrer Überwindung*, in: *Der Schöffe* 19 (1972), S. 6-13, hier S. 10.

<sup>23</sup> Markus Sonntag, *Die Arbeitslager in der DDR*, Essen 2011.

<sup>24</sup> *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik* 8 (1963), S. 39f., S. 383ff. Zu den Geldeinkommensunterschieden siehe Frank Adler/Albrecht Kretzschmar, *Ungleichheitsstrukturen in der ehemaligen DDR*, in: Rainer Geißler (Hg.), *Sozialer Umbruch in Ostdeutschland*, Opladen 1993, S. 93-118, hier S. 94.

<sup>25</sup> Lothar Mertens, „Was die Partei wusste, aber nicht sagte...“. Empirische Befunde sozialer Ungleichheit in der DDR-Gesellschaft, in: ders. (Hg.), *Soziale Ungleichheit in der DDR. Zu einem tabuisierten Strukturmerkmal der SED-Diktatur*, Berlin 2002, S. 119-157; insgesamt zur Entwicklung Frank Thieme, *Die Sozialstruktur der DDR zwischen Wirklichkeit und Ideologie. Eine Analyse geheimgehaltener Dissertationen*, Frankfurt a.M. 1996.

derthen „Verwissenschaftlichung der Sozialpolitik“<sup>26</sup> wurde unter anderem eine Lebensstandardforschung etabliert, die sich mit der Qualität, Quantität und Verteilung bestimmter Konsumgüter befasste. Dadurch ergaben sich zwangsläufig „Fragen nach Armut sozialer Gruppen und Familien“, so der Ökonom und maßgebliche Protagonist dieser Forschungsbemühungen Günter Manz rückblickend.<sup>27</sup> Intern und fernab des offiziell verkündeten Wunschbilds sozialer Gleichheit wurde nach den Ursachen und Folgen sozialer Differenzierungen gefragt. Für die Definition einer „Armutsgrenze“ erstellten Ökonomen gar einen inoffiziellen „Warenkorb“ – den sich im Jahr 1970 ein Drittel aller Arbeiter- und Angestelltenhaushalte nicht leisten konnte. Bei einer ebenso großen Gruppe aller Haushalte wurde eine „unzureichende“ Ernährungslage ermittelt. Das errechnete soziokulturelle Existenzminimum für einen Vier-Personen-Haushalt unterschritten die beiden untersten Einkommensgruppen der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte teils deutlich; Rentnerhaushalte, Sozialfürsorgeempfänger oder Kinderreiche lagen häufig nochmals darunter.<sup>28</sup>

Viele weitere Arbeiten wirtschafts-, erziehungs-, rechts-, sozialwissenschaftlicher sowie medizinsoziologischer Provenienz widmeten sich ab den 1960er-Jahren dem sensiblen Bereich sozioökonomischer Notlagen. Zum Beweis ideologischer Konformität hatten sich diese Ausführungen politisch definierter Sprach- und Argumentationsmuster zu bedienen. Aufgrund ihrer Brisanz wurden sie nicht selten mit den Etiketten „Vertrauliche Dienstsache“ oder „Nur für den Dienstgebrauch“ versehen; das verhinderte eine größere Verbreitung. Dennoch waren die Ergebnisse dieser Studien einer begrenzten (Teil-)Öffentlichkeit bekannt. Belegen lässt sich dies anhand der Zitierpraxis oder Gutachtertätigkeit und einer zumindest partiellen Integration wissenschaftlicher Erkenntnisse im politischen Handeln.<sup>29</sup> Die in den Schriften auftauchenden sozialen Images hatten eine nicht zu unterschätzende Rückwirkung für politisch-mediale „Armut“-Images – selbst wenn eine Unterordnung unter den Primat der Ideologie offenkundig ist und die Reichweite solcher Analysen nicht überbewertet werden darf.<sup>30</sup>

<sup>26</sup> Lutz Raphael, Experten im Sozialstaat, in: Hans Günter Hockerts (Hg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit*, München 1998, S. 231–258, hier S. 240f.; grundlegend dazu Lutz Raphael, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), S. 165–193.

<sup>27</sup> Günter Manz, Entwicklung der Armut in Ostdeutschland unter besonderer Berücksichtigung der Altersarmut. Kurzstudie, Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern, Halle (Saale) 1992, S. 9.

<sup>28</sup> Ders., *Armut in der „DDR“-Bevölkerung. Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende*, Augsburg 1992, S. 77, S. 85f. Manz zitiert in einigen Darstellungen nach 1990 das unveröffentlichte, nicht überlieferte Manuskript von Hans Mai, Zur quantitativen Widerspiegelung notwendiger individueller Bedürfnisse der Arbeiterklassen, dargestellt am Beispiel eines Vier-Personen-Arbeiter-Angestellten-Haushaltes, Institut für Lebensstandard, Berlin (Ost) 1972.

<sup>29</sup> Vgl. Greg Eghigian, Homo Munitus. The East German Observed, in: Katherine Pence/Paul Betts (Hg.), *Socialist Modern. East German Everyday Culture and Politics*, Ann Arbor 2008, S. 37–70.

### 3. AltersrentnerInnen: Rüstig bis zum Lebensende?



Januar 1963: Rentnerinnen in Wismar erhalten von einem örtlichen Bäckermeister im „Veteranenklub“ Kaffee und Kuchen serviert. In der damaligen Bildlegende hieß es zu dieser „Nachbarschaftshilfe“: „Einen behaglichen Aufenthalt bieten die sechs modern eingerichteten Klubhäuser während der kalten Tage den Wismarer Rentnern.“ Deren eigene Wohnungen waren meist weniger „modern“ – und im Winter oft kalt.

(Bundesarchiv, Bild 183-B0128-0010-001, Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst – Zentralbild, Foto: Karnitzki)

Im Fokus wissenschaftlicher Studien stand nicht selten die Situation der AltersrentnerInnen. Die soziale Misere vieler, besonders weiblicher Rentenempfänger war mitnichten nur ein Problem der unmittelbaren Nachkriegsjahre.<sup>31</sup> Die Sicherung der Existenz im Alter kann mit Gerhard A. Ritter als durchgängige „Achillesferse der Sozialpolitik der DDR“ bezeichnet werden.<sup>32</sup> Immerhin ein Drittel der Bevölkerung lebte nach 1961 weiter in einem Ein-Personen-Haus-

<sup>30</sup> Christiane Reinecke, Fragen an die sozialistische Lebensweise: Empirische Sozialforschung und soziales Wissen in der SED-„Fürsorgediktatur“, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 311-334.

<sup>31</sup> Christiane Reuter-Boysen, Rentendiskussion und Artikulation von Fraueninteressen in der DDR. Zur Situation der Frauen-Altersversorgung in den 1950er Jahren im Spiegel von Eingaben, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 58 (2010), S. 332-354.

halt; in erster Linie handelte es sich um Witwen.<sup>33</sup> Gerade unter diesen traten – zumal bei Krankheitsfällen und ohne Unterstützung durch Kinder – „massive soziale Probleme“ auf, betonte etwa der Hallenser Ökonom Josef Bernard im Jahr 1967.<sup>34</sup> Die Rentner und Rentnerinnen selbst sahen ihre Lage bisweilen als dramatisch, besonders gemessen an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung der DDR und dem Auseinanderdriften des verfügbaren Einkommens im Vergleich selbst zu den unteren Einkommenslagen der (arbeitenden) Durchschnittsbevölkerung. Im Jahr 1967 vermeldete ein im Vorfeld des VII. Parteitags erstellter Stimmungsbericht zum Lebensstandard der Bevölkerung große Angst vor der Situation im Alter.<sup>35</sup> Die Enttäuschung über die spärlichen Renten nach mitunter 50 Jahren Erwerbsarbeit war groß. Gerade bei Rentnerinnen ging die Höhe der Altersgelder aufgrund geringerer Verdienste oft kaum über die Mindestrente hinaus, die 1968 auf 150 Mark erhöht wurde.<sup>36</sup>

Insgesamt deutet vieles darauf hin, dass die Mehrheit der (zumal alleinstehenden) RentnerInnen in einer prekären wirtschaftlichen Situation lebte. Intern ging die Lebensstandardforschung 1972 von zwei Dritteln unterhalb der errechneten Armutsgrenze aus.<sup>37</sup> Auch wenn der Anteil armer Rentnerhaushalte bis 1988 auf 45 Prozent sank,<sup>38</sup> gehörten pflegebedürftige Ältere<sup>39</sup> und Witwen zu den Randgruppen der DDR-Gesellschaft. Letztere erhielten in besonderen Härtefällen Mietzuschüsse und wurden nur durch die sozialen Leistungen lokaler Verwaltungen und der Volkssolidarität vor dem Absinken in noch problematischere Versorgungssituationen bewahrt. Von den ca. drei Millionen Altersrentnern am Ende der DDR waren 74 Prozent Frauen. Gerade sie waren in puncto Rentenhöhe stark benachteiligt:<sup>40</sup> Diese betrug 1983 bei einem Mann

<sup>32</sup> Gerhard A. Ritter, *Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*, 2. Aufl. München 2007, S. 168.

<sup>33</sup> Bericht der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom November 1967, BA, DQ 3/3927, S. 3.

<sup>34</sup> Josef Bernard, Sozialpolitische Probleme der perspektivischen Entwicklung des Lebensstandards, in: Hans Rößler (Hg.), *Die Konsumtion im Reproduktionsprozess*, Universität Halle-Wittenberg 1967, S. 371-400, hier S. 399.

<sup>35</sup> Bericht über die Ergebnisse einer Untersuchung des Fragenkomplexes „Wie beurteilen die Arbeiter die Entwicklung ihres Lebensstandards?“ (1967), BA, DY 30/3337, Bl. 220.

<sup>36</sup> Information für das Sekretariat des ZK, 2.7.1968. Realisierung des Staatsratserlasses „Über die Weiterentwicklung des Rentenrechts und zur Verbesserung der materiellen Lage der Rentner sowie zur Verbesserung der Leistungen der Sozialfürsorge“ vom 15.3.1968, BA, DY 30/J IV 2/3/739, Bl. 3. Die Mindestrenten erhöhten sich sukzessive und betragen zum Ende der DDR 370 Mark.

<sup>37</sup> Manz, *Armut* (Anm. 28), S. 86f.

<sup>38</sup> Ders., *Entwicklung* (Anm. 27), S. 16.

<sup>39</sup> Frank Adler, Ansätze zur Rekonstruktion der Sozialstruktur des DDR-Realsozialismus, in: *Berliner Journal für Soziologie* 1 (1991), S. 157-175, hier S. 163; Michael Wildt, Zum System der Spezialheime in der DDR, in: *Soziale Arbeit* 59 (2010), S. 184-194, hier S. 187.

<sup>40</sup> Adelheid Kuhlmeier-Oehlert, Das Alter ist weiblich. Zur Situation älterer und alter Frauen in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, in: Claudia Gather (Hg.), *Frauen-Alterssicherung. Lebensläufe von Frauen und ihre Benachteiligung im Alter*, 2. Aufl. Berlin 1993, S. 249-259, hier S. 249-253.

durchschnittlich 410 Mark, bei einer Frau lediglich 314 Mark. Noch deutlicher waren die Unterschiede bei der Freiwilligen Zusatzrente (FZR); hier bezogen Männer im Schnitt dreimal so viel Geld.<sup>41</sup>



Januar 1979: Zwei Rentner in Suhl, 78 bzw. 87 Jahre alt. Anders als im Westen hatte sich der Lebensstandard der meisten alten Menschen in der DDR während der 1960er- und 1970er-Jahre kaum verbessert. In der originalen Bildlegende hieß es beschönigend: „Um den älteren Bürgern den beschwerlichen Weg zum Klub der Volkssolidarität in diesen Tagen zu ersparen, versorgt die junge Hauswirtschaftspflegerin [...] Rentner in der Wohnung mit dem warmen Mittagessen.“ (Bundesarchiv, Bild 183-U0104-050, Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst – Zentralbild, Foto: Helmut Schaar)

Die niedrigen Renten führten zu Unterversorgungen in allen Lebensbereichen. In seiner Dissertation aus dem Jahr 1974 benannte der Wirtschaftswissenschaftler Hilmar Polle das „Hauptproblem“ der DDR-Rentner: Sie seien gezwungen, auf preiswertere Fleisch- und Wurstwaren sowie Obst- und Gemüsesorten von niedriger Qualität auszuweichen. Zwar sei eine gesunde Ernährung für die meisten Rentner möglich, doch setze das Einkommensniveau den älteren Menschen hierfür „gewisse Grenzen“.<sup>42</sup> Häufig sei die Kost einseitig und unausgewogen, d.h. fettreich und vitaminarm. Neben diesen Defiziten wurde ein geringer Aus-

<sup>41</sup> Johannes Frerich/Martin Frey, *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*, Bd. 2: *Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik*, München 1993, S. 305.

stattungsgrad mit „hochleistungsfähigen Haushaltsgeräten“, Schuhwerk und Bekleidung moniert. Polle forderte, die Einkommen der Rentner bis 1990 um das 1,7- bis 1,8-fache zu erhöhen, „wenn nicht die Befriedigung anderer lebensnotwendiger Bedürfnisse eingeschränkt werden soll“.<sup>43</sup>

Insbesondere die Wohnsituation von Altersrentnern rückte nach der Verkündung der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ im Jahr 1971 in den Blickpunkt empirischer Forschungen. Bereits 1974 verwies eine Studie ungewohnt offen auf die „besonders schlecht[e]“ Lage der Altersrentner. Von 1.000 Haushalten dieser Gruppe hatten 862 eine Wohnung ohne Fern- oder Zentralheizung, Bad und Innentoilette; sie lebten demnach in sanierungsbedürftigen Altbauten.<sup>44</sup> Eine sozialwissenschaftliche Abschlussarbeit dokumentierte 1983 ebenfalls, dass der Wohnkomfort der DDR-Rentner erheblich unter dem Durchschnitt des Landes liege: Lediglich ein knappes Viertel ihrer Wohnungen sei mit modernen Heiz- und Sanitäreinrichtungen versehen; jeder vierte Befragte müsse ohne Bad in der eigenen Wohnung auskommen. Jenem guten Fünftel, das monatlich 300 Mark oder weniger zur Verfügung hatte, sei es nicht annähernd möglich, „mit dem insgesamt wachsenden Lebensniveau der Werktätigen Schritt zu halten“. Sechs Prozent der Befragten beschrieben ihre Lebensbedingungen als „sehr unzureichend“.<sup>45</sup> Besonders augenfällig wurde dieser Missstand im Vergleich mit den steigenden Erwartungen an die Lebens- und Wohnkultur – und zwar sowohl in der DDR als auch im deutsch-deutschen Vergleich. DDR-Rentner durften ab 1964 in die Bundesrepublik reisen, was einige nutzten, um dort ihren Lebensabend zu verbringen. Viel mehr Menschen allerdings brachten das Wissen um die Standards der westlichen dynamischen Rentenanpassung und natürlich des allgemeinen Konsumniveaus mit zurück in die DDR.

Entgegen der Hinweise aus der Wissenschaft hatte die staatlich gelenkte Propaganda über DDR-Rentner bis zum Mauerfall ausschließlich Positives zu berichten und kaschierte das Thema Altersarmut. In der breiten Öffentlichkeit wurden die Rentner als „Veteranen der Arbeit“ verherrlicht und in ihrer Bedeu-

<sup>42</sup> Hilmar Polle, Die Bedürfnisse der Altersrentner in der Deutschen Demokratischen Republik und Möglichkeiten ihrer Befriedigung, Diss. Humboldt-Universität zu Berlin 1974, S. 74, S. 278.

<sup>43</sup> Ebd., S. 71. Zu Defiziten in der Ernährungslage bei DDR-Altersrentnern siehe auch Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), *Rentner in der DDR. Altsein im „Sozialismus“*, Bonn 1987, S. 17.

<sup>44</sup> Karl-Heinz Ladegast/Günther Weber, Entwicklungstendenzen der territorialen Sozialstruktur der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik, Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Diss. Berlin 1974, S. 148.

<sup>45</sup> Konstanze Giersiepen, Zur Lebensweise von Bürgern im Rentenalter. Soziologische Aspekte ihrer Erforschung und empirische Ergebnisse, Diss. Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für marxistisch-leninistische Soziologie, Humboldt-Universität zu Berlin 1983, S. 95-99, S. 146; ferner Adelheid Oehlert, Soziologische Aspekte des Wohnens älterer und alter Bürger. Dargestellt an Studien zur Lebensweise im höheren und hohen Lebensalter, Diss. Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät, Humboldt-Universität zu Berlin 1984, S. 118.

tung für den „Arbeiter- und Bauernstaat“ verklärt. Die DDR-Leitmedien verbreiteten lieber das Bild des „rüstigen“ anstelle des „armen“ Alten. So sah sich eine hohe Zahl von Rentnern gezwungen (nach Schätzungen zuletzt rund 279.000<sup>46</sup>), aufgrund ihrer geringen Altersgelder weiterhin einer Beschäftigung nachzugehen. Dieser Umstand war bereits 1972 von der „*Wochenpost*“ aufgegriffen und als „Wunsch und [...] Fähigkeit Hunderttausender“ mit einer positiven Konnotation versehen worden.<sup>47</sup> Die Verlängerung des Erwerbslebens nutzte unter den gegebenen Bedingungen in der Tat beiden Seiten: Der Staat milderte den notorischen Arbeitskräftemangel, und die Rentner schoben den Schritt in das finanzielle und häufig auch soziale Abseits hinaus.

Rentner galten in dieser Sicht als ehrlich, ordentlich und pünktlich, als respektabel und demütig-ehrenhaft. Sie standen für das Idealbild des „würdigen“, lieben „Armen“. Gleichzeitig diente dieses Bild dazu, sich gegenüber „Undiszipliniertheiten“ weniger rechtschaffener, noch im Arbeitsprozess stehender Bürger abzuheben.<sup>48</sup> Rüstigkeit, ein „erfülltes Arbeiterleben“<sup>49</sup> und „gewissenhafte, ehrliche, gesellschaftlich nützliche Arbeit als Herzstück der sozialistischen Lebensweise“<sup>50</sup> verbrämten die – aus purer Notwendigkeit übernommene – Arbeit im Alter als freiwillig-vorbildliche Tätigkeit. Probleme dagegen wurden in lebenswürdig-humoresken Charakteren trivialisiert, etwa in der Familienserie „Rentner haben niemals Zeit“ von 1978, die sehr beliebt war und bis 1990 dreimal wiederholt wurde.<sup>51</sup>

Der Kontrast ist frappierend: Einer durchgreifenden Verbesserung der sozialen Lage von armen Rentnern und vor allem Rentnerinnen räumte die SED-Spitze niemals Priorität ein. Im Zentrum der Aufmerksamkeit von Honeckers Lohn- und Wohnungsbaupolitik standen die (maskuline) Erwerbsarbeit und das soziale Ideal der jungen Kleinfamilie. Die prekäre Lebenslage vieler RentnerInnen hingegen verklärte die Partei mit Euphemismen des „Altseins“. Der autoritäre Paternalismus der SED wies ihnen Werte wie Demut, Bescheidenheit und Verzicht zu. Die Führung tat das ihr Mögliche, um die hässlichen Seiten des Alters in der DDR aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen.

<sup>46</sup> Albrecht Kretzschmar, Zur sozialen Lage der DDR-Bevölkerung (Teil I), in: *BISS public* 1 (1991) H. 4, S. 38-97, hier S. 40.

<sup>47</sup> Sieglinde Wolff, Arbeit im Alter?, in: *Wochenpost*, 22.9.1972, S. 26f.; dies., Der altersgerechte Arbeitsplatz, in: *Wochenpost*, 29.9.1972, S. 4f. Siehe dazu auch den DEFA-Film „Bankett für Achilles“ (1975, Regie: Roland Gräf), der wenigstens andeutungsweise die Angst vor dem Alter behandelt.

<sup>48</sup> Besonders prägnant Sieglinde Wolff, Mietschulden: Der Griff in die fremde Tasche, in: *Wochenpost*, 7.11.1969, S. 10.

<sup>49</sup> Blick zurück auf ein erfülltes Arbeiterleben, in: *Neues Deutschland*, 8.2.1978.

<sup>50</sup> Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, *Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Berlin (Ost) 1976, S. 54.

<sup>51</sup> Reinhold Viehoff (Hg.), „Die Liebenswürdigkeit des Alltags“. Die Familienserie „Rentner haben niemals Zeit“, Leipzig 2004.

## 4. Kinderreiche Familien: Alles für das „Wohl der Jüngsten“?



Dieses Bild erschien 1976 im Kontext einer Reportage der „Neuen Berliner Illustrierten“ (siehe auch Anm. 69). (<<http://www.ddrbildarchiv.de>>, Foto: Klaus Morgenstern)

Kinderreiche Familien waren eine weitere Bevölkerungsgruppe, die mit erheblichen sozioökonomischen Engpässen konfrontiert war und immer wieder öffentliche und wissenschaftliche Aufmerksamkeit erlangte. 1966 lebten in der DDR 173.800 Familien mit vier oder mehr Kindern; immerhin jedes sechste Kind wuchs seinerzeit in einer kinderreichen Familie auf.<sup>52</sup> Bei einer derartigen Größenordnung überrascht es nicht, dass diese Gruppe zum Gegenstand zahlreicher Studien der sozialpolitisch orientierten DDR-Soziologie wurde, stand solchen Familien doch in vielen Fällen pro Kopf weniger Geld zur Verfügung als einem Mindestrentner.<sup>53</sup>

---

<sup>52</sup> DFD-Bundessekretariat. Beschluß Nr. 1/1967 des Bundessekretariats vom 20.12.1966. Betrifft: Entwicklung der Arbeit der Frauenorganisation mit kinderreichen Müttern unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen in den jungen sozialistischen Städten, BA, DY 34/17204, n.p.

<sup>53</sup> Entwurf des FDGB-Vorstandes, Abt. Frauen, Zu einigen Fragen der Förderung und Unterstützung kinderreicher Familien (Juni 1970), BA, DY 34/9137, Bl. 1.

In „gesellschaftliche[r] Sorge um die heranwachsende Generation“<sup>54</sup> versuchten die sozialpolitischen Akteure nach dem Mauerbau durch zahlreiche Verordnungen, die Situation kinderreicher Familien zu verbessern. Die Staatliche Planungskommission stellte Ende 1963 nüchtern fest, dass bei niedrigen Familieneinkommen „die finanziellen Belastungen durch die Zahl der Kinder relativ hoch“ seien<sup>55</sup> und mit zunehmendem Kindesalter erhebliche Zusatzkosten entstünden. Die Arbeitsgruppe Frauen schlug in ihrem Perspektivplan von 1966 vor, auf vielfältige Weise Abhilfe zu schaffen, etwa durch bessere Wohnbedingungen, Mietbeihilfen und andere Zuwendungen wie die kostenlose Schulspeisung, die Trinkmilchversorgung und die entgeltfreie Überlassung von Lehr- und Unterrichtsmaterialien.<sup>56</sup> Trotz dieser Maßnahmen stellten sich nicht überall die gewünschten Erfolge ein. Die DDR-Lebensstandardforscher ermittelten noch im Jahr 1970 bei 45 Prozent der Haushalte mit fünf und mehr Personen ein Leben an der Armutsgrenze.<sup>57</sup> Besonders die Wohnbedingungen kinderreicher Familien waren in den 1960er-Jahren von den postulierten Ansprüchen der „durchschnittlichen Wohnkultur“ der DDR („trocken, sonnig, ausreichende sanitäre Anlagen“) weit entfernt.<sup>58</sup> Neben der Knappheit an Geld und Wohnraum dokumentierten verschiedene empirische Studien außerdem erhebliche Mängel auf gesundheitlichem und sozialem Feld.<sup>59</sup>

Zur schwierigen sozioökonomischen Lage kam der sozialdisziplinierende Druck der Umwelt: Mütter kinderreicher Familien würden im Betrieb und außerhalb häufig „bedauert, schief angesehen und teilweise sogar als asozial bezeichnet“, beobachtete 1972 der bundesdeutsche Journalist Hermann Rudolph.<sup>60</sup> „Zum überwiegenden Teil“ seien es kinderreiche Familien, welche das Stigma der „Asozialität“ angeheftet erhielten, notierte 1975 das Volkspolizeikreisamt (VPKA) Wanzleben (Bezirk Magdeburg).<sup>61</sup> Es zeige sich ein wesentliches

<sup>54</sup> Bernard, Probleme (Anm. 34), S. 394.

<sup>55</sup> Staatliche Planungskommission Perspektivplanung, Sektor Lebensstandard. Diskussionsmaterial zur materiellen Lage der Familien mit Kindern und Vorschläge für weitere ökonomische Maßnahmen, 16.12.1963, BA, DY 30/IV 2/17-84, Bl. 16.

<sup>56</sup> Arbeitsgruppe Frauen, Vorschläge zur materiellen Besserstellung kinderreicher Familien, 17. Mai 1966. Mindestprogramm bis 1970, BA, DY 30/IV 2/17-84, Bl. 2; Ulrich Lohmann, *Die Entwicklung des Sozialrechts in der DDR*, Opladen 1996, S. 83.

<sup>57</sup> Zusammenfassend Manz, *Armut* (Anm. 28), S. 86f.

<sup>58</sup> Arbeitsgruppe Frauen (Anm. 56), Bl. 3.

<sup>59</sup> Werner Laudenbach, Der Einfluß der sozialen Lage der kinderreichen Familie auf den Gesundheitszustand, die körperliche Entwicklung und die geistige Leistungsfähigkeit der Kinder, Diss. Medizinische Fakultät, Universität Rostock 1964, S. 9-18, S. 27; weiterhin Kurt Güldner, Empirische Untersuchungen zur Familien- und Erziehungssituation lernschwieriger Kinder unter besonderer Berücksichtigung der Erziehungshaltung von Müttern, Diss. Philosophische Fakultät, Universität Rostock 1962; Irma Giertz, Medizinisch-soziologische Untersuchung an berufstätigen verheirateten Müttern in einer Kleinstadt, Diss. Medizinische Fakultät, Universität Rostock 1970.

<sup>60</sup> Hermann Rudolph, *Die Gesellschaft der DDR – eine deutsche Möglichkeit? Anmerkungen zum Leben im anderen Deutschland*, München 1972, S. 94.

ideologisches Problem „in einer ungenügenden Achtung und Wertschätzung der Leistungen dieser Familien“, bemerkte 1976 die eigens für die Betreuung dieser sozialen Gruppe geschaffene „Koordinierungsgruppe kinderreicher Familien“ beim Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt.<sup>62</sup> Es gebe eine Tendenz, kinderreiche Familien als weniger „normal“ und gebildet anzusehen und Kinderreichtum als häufige Ursache für soziale Probleme zu betrachten.

Um „würdigen“ Familien das Stigma des „Asozialen“,<sup>63</sup> „Dissozialen“ oder „Sozialschmarotzers“ zu nehmen und sie im Bewusstsein der Öffentlichkeit klar von der Gruppe der „unwürdigen“ Armen zu scheiden, hatte die SED schon ab den frühen 1960er-Jahren Kampagnen zugunsten kinderreicher Familien lanciert. Solche Bemühungen konnten aber nur dann erfolgreich sein, wenn es gelang, ein konsistentes positives Image dieser Gruppe „Armer“ zu entwerfen. Der explizite Hinweis darauf, dass „die Mehrzahl dieser Familien [...] eine vorbildliche Arbeit“ leiste und ihre Kinder „gut“ erziehe, deutet in diese Richtung.<sup>64</sup> Alle sozialpolitischen Verbesserungen müssten, forderte die Frauenkommission beim Politbüro 1966, mit einer breiten politisch-ideologischen Einflussnahme über Presse, Rundfunk und Fernsehen verbunden werden, um in der Bevölkerung eine „richtige gesellschaftliche Meinung“ zu kinderreichen Familien zu schaffen.<sup>65</sup> Die (Selbst-)Thematisierung sozialer Chancengleichheit war eine wichtige Aufgabe der gelenkten DDR-Massenmedien. Diese sollten die vielfältigen sozialpolitischen Maßnahmen für das „Wohl der Jüngsten“<sup>66</sup> in die Haushalte tragen, um bestehende Ressentiments abzubauen.

Beinahe idealtypisch sind diese Bemühungen um eine öffentliche Imageaufwertung in einem Artikel der „Wochenpost“ aus dem Jahr 1968 zu erkennen. Die journalistische Präsentation zweier „einwandfreier“ kinderreicher Familien vereinte alle wünschenswerten Eigenschaften, die „würdige Arme“ mitbringen sollten. Sie inszenierte zudem ein vorbildliches Leben auch unter schwierigen Bedingungen: Obwohl die achtköpfige Berliner Familie mit monatlich 1.100 Mark netto auskommen müsse, so der Artikel, sei dies dank einer sparsamen und gut organisierten Lebensführung zu schaffen. Die sechs Kinder

<sup>61</sup> Bericht der VPKA Wanzleben, 23.5.1975, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg, M 24, 1961–1975, Nr. 880, Bl. 344f.

<sup>62</sup> Aktennotizen über die Arbeitsberatung der Koordinierungsgruppe kinderreicher Familien beim Rat des Bezirkes am 25.3.1976, BA, DY 34/6529, n.p.

<sup>63</sup> Eingehend u.a. untersucht bei Korzilius, „Asoziale“ (Anm. 17); Thomas Lindenberger, „Asociality“ and Modernity. The GDR as a Welfare Dictatorship, in: Pence/Betts, *Socialist Modern* (Anm. 29), S. 211–233; Matthias Zeng, „Asoziale“ in der DDR. *Transformationen einer moralischen Kategorie*, Münster 2000.

<sup>64</sup> DFD-Bundessekretariat. Beschluß Nr. 1/1967 (Anm. 52).

<sup>65</sup> Brief von Inge Lange, Vorsitzende der Frauenkommission beim Politbüro, an Manfred Schoeler, Vorsitzender des Rates des Bezirkes Dresden, 18.2.1966, BA, DY 30/IV 2/17-84, n.p.

<sup>66</sup> Für das Wohl der Jüngsten. Wie in der DDR kinderreiche Familien unterstützt werden, in: *Neues Deutschland*, 27.10.1971.

werden als gebildete, musikalische und fleißig im Haushalt mithelfende Familienmitglieder vorgestellt. Der Vater arbeite vorbildlich abends „noch als Maurer in der Feierabendbrigade“. In einem „wohlorganisierten“ Tagesablauf unternehme man am Wochenende gemeinsame Spaziergänge. „Fernsehkost“ hingegen werde streng „zugeteilt“.<sup>67</sup> Das normgerechte Verhalten dieser sozialistischen Vorzeigefamilie wurde durch die gewählte Ikonographie zusätzlich herausgestellt und gab vor allem Auskunft über die „gewünschte Realität“ des sozialistischen Staats. Unverkennbar sollten Stichworte wie „Schönheit, Harmonie, Sauberkeit, Ordnung und Geborgenheit“<sup>68</sup> das mustergültige Verhalten den weniger „tugendhaften“ Familien vor Augen führen – eine kommunikative Strategie, die auch in späteren Jahren immer wieder eingesetzt wurde.<sup>69</sup>

Eine derartige Präsentation von Armut, verbunden mit Begriffen wie „soziale Sicherheit“ oder „Fürsorge“, fungierte in der öffentlichen Sprache als Steuerungsinstrument politischer Macht. Sie war zentraler Bestandteil einer rituell-symbolischen Kommunikation, die die In- und Exklusion bestimmter Bevölkerungsteile unterstützte.<sup>70</sup> Der Gebrauch schablonenhafter und ausschließlich positiver sozialer Images<sup>71</sup> ist gerade im Vorfeld der SED-Parteitage nachweisbar, so etwa im Jahr 1976.<sup>72</sup> Gezielt versuchte die SED, die Notlage vieler Kinderreicher in der Öffentlichkeit zu kaschieren und gleichzeitig ihren gesamtgesellschaftlichen Wert symbolisch zu erhöhen. Diese Bemühungen verfehlten ihre Wirkung zumindest aus Sicht der Machthaber nicht. 1980 hielt der Ministerrat für das Sekretariat des ZK der SED fest, die Vorbehalte gegenüber kinderreichen Familien seien „mit Unterstützung durch die Massenmedien“ weitgehend abgebaut.<sup>73</sup>

<sup>67</sup> Ursula Frölich, Sonntagskinder sind sie nicht, in: *Wochenpost*, 29.3.1968, S. 4f.

<sup>68</sup> Stefan Wolle, Die Diktatur der schönen Bilder. Zur politischen Ikonographie der SED-Diktatur, in: Klaus Honnef/Volker Albus (Hg.), *Deutsche Fotografie. Macht eines Mediums 1870–1970*, Bonn 1997, S. 174–185, hier S. 174.

<sup>69</sup> Exemplarisch: Helgard Behrendt, Kinderreich, in: *Neue Berliner Illustrierte* Nr. 19/1976; Sicher und geborgen. Eine kinderreiche Familie und ihre Bilanz der letzten fünf Jahre, in: *Neues Deutschland*, 9./10.10.1976; dazu die ähnliche Darstellung im Rundfunk der DDR: Viele Kinder, viele Sorgen? Reportage über kinderreiche Familien im Bezirk Magdeburg, in: *Studio 70*, Radio DDR II, Sendung vom 17.9.1979, 19'00, Deutsches Rundfunkarchiv Babelsberg, D000557.

<sup>70</sup> Ralph Jessen, Semantic Strategies of Inclusion and Exclusion in the German Democratic Republic (1949–1989), in: Willibald Steinmetz (Hg.), *Political Languages in the Age of Extremes*, Oxford 2011, S. 275–291.

<sup>71</sup> Vgl. Ulla Fix, Rituelle Kommunikation im öffentlichen Sprachgebrauch der DDR und ihre Begleitumstände. Möglichkeiten und Grenzen der selbstbestimmten und mitbestimmenden Kommunikation in der DDR, in: Gotthard Lerchner (Hg.), *Sprachgebrauch im Wandel. Anmerkungen zur Kommunikationskultur in der DDR vor und nach der Wende*, Frankfurt a.M. 1992, S. 3–99.

<sup>72</sup> Insgesamt wurden allein im „Neuen Deutschland“ 30 Zeitungsartikel ermittelt, die neben sozialpolitischen Verbesserungen ausschließlich positive Images dieser Gruppe und deren spezielle Unterstützungswürdigkeit herausstellten; z.B.: Wortmeldungen zum IX. Parteitag der SED. Was mich als kinderreiche Mutter besonders bewegt, in: *Neues Deutschland*, 4.3.1976; Tatkräftige Unterstützung für kinderreiche Familien, in: *Neues Deutschland*, 13.3.1976; Kinderreiche Familien werden gut betreut, in: *Neues Deutschland*, 20.8.1976.

## 5. Abweichende Perspektiven: „Dissoziale Familien“

Fernab solcher propagandistischen Harmonisierungsversuche hatten kinderreiche Familien in Wissenschaft und Medien ihren festen Platz als eine Art Risikozone potentiell unerwünschten Verhaltens. Manche Familien würden die Erziehung vernachlässigen; sie galten als „unsauber“ oder „verwahrlost“. Solche Einschätzungen waren deutlich von den Normen ordentlicher (Klein-)Bürgerlichkeit geprägt, als Kontrast zu einer „ungezügelter“ Lebensführung. Eine sozialmedizinische Doktorarbeit von 1970, aufgrund ihres heiklen Themas „nicht für den Austausch“ freigegeben, konstatierte die Existenz einer „kleinen Gruppe von Familien“, welche die „notwendigen Normen“ nicht respektiere. Im Duktus moralischer Verurteilung wurden diese „dissozialen Familien“ als „sozial schädliche“ Teile der sozialistischen Gemeinschaft bezeichnet. Die Hälfte der häufig kinderreichen Befragten neige zur „Arbeitsbummelei“; zusätzlich wurden Trinksucht, Promiskuität und Triebhaftigkeit diagnostiziert. Fernsehapparate hingegen seien größtenteils vorhanden, wobei „bezeichnend“ sei, dass diese Familien an Butter, Milch oder einer Waschmaschine sparten, um sich einen auf Kredit gekauften Fernseher leisten zu können.<sup>74</sup>

Un- und angelernte ArbeiterInnen waren bei den Kinderreichen überrepräsentiert. Diese Menschen, die „in der sozialen Stufenleiter ganz unten“ standen,<sup>75</sup> wurden wie hier wegen ihres tatsächlich oder vermeintlich abweichenden Verhaltens in Arbeit und Freizeit als unzivilisiert dargestellt. Diese Personen erschienen häufig „unsauberer“, „unbeherrschter“, „krimineller“. Der „neue Mensch“ im Sozialismus hingegen lebte geordnet und in jeder Hinsicht „regelmäßig“. Wer davon mit einer „abnormal“ hohen Kinderzahl abwich, wurde der Verantwortungslosigkeit und Hemmungslosigkeit geziehen.

Die Melange aus beunruhigt-voyeuristischer Faszination bei gleichzeitiger entschiedener Distanzierung ist nicht nur in wissenschaftlichen Kontexten nachweisbar,<sup>76</sup> sondern auch in populären Medien. Die „Wochenpost“ etwa fungierte mit hochgradig didaktisierten „Musterbiographien“ als eine wichtige Platt-

<sup>73</sup> Information des Ministerrates für das Sekretariat des ZK der SED. Betreff: Beschluß zum Bericht über die Verwirklichung des IX. Parteitages der SED zur Unterstützung kinderreicher Familien und alleinstehender Bürger mit 3 Kindern und der dazu erlassenen gesetzlichen Bestimmungen vom 29. April 1980, in: BA, DY 30/5698, Bl. 35, 38.

<sup>74</sup> Christel Lehmann, Die Entwicklung von Kindern aus desorganisierten Familien, Diss. Institut für Sozialhygiene, Humboldt-Universität zu Berlin 1970, S. 15-18, S. 34ff., S. 53f.

<sup>75</sup> Gisela Clemen, Statistischer Beitrag zum Problem des Selbstmordversuches, Diss. Karl-Marx-Universität Leipzig 1966, S. 14.

<sup>76</sup> Exemplarisch Gerhard Baatz, Psychiatrische Probleme der Alkohol- und Sexualkriminalität sowie Asozialität, in: *Staat und Recht* 24 (1975), S. 1617-1620; Christa Krauss, Zur Problematik der Abgrenzung der Sozialen Fehlentwicklung (Dissozialität, Asozialität, Antisozialität) von der schwerwiegenden abnormen Entwicklung der Persönlichkeit mit Krankheitswert, in: Hans Szewczyk (Hg.), *Der fehlentwickelte Jugendliche und seine Kriminalität*, Jena 1982, S. 68-74.

form öffentlich vorgetragener Negativ-Dramaturgie gegenüber „unwürdigen Armen“. Insbesondere Alkoholmissbrauch und übermäßiger Fernsehkonsum führten demnach auf soziale Abwege, wie die Artikelserie „Als Zeuge in dieser Sache“ verdeutlichen sollte: Ein Maurer, der als Jugendlicher mit viel Mühe den Abschluss der siebten Klasse erreicht hatte, wurde nach einem „normalen Start“ Alkoholiker. Seine berufliche und persönliche Laufbahn sei dadurch „langsam nach unten gegangen“, was ihn schließlich nach mehreren Einbrüchen ins Gefängnis brachte.<sup>77</sup> Ein anderes Beispiel war eine Familie mit sechs Kindern. Sie hätte „in sehr schönen, behaglichen Verhältnissen leben“ können, doch verhinderten dies Mietschulden, eine „unsaubere und vernachlässigte“ Wohnung sowie häufige Besuche der Eltern in Gaststätten und Kneipen.<sup>78</sup> Das stete Abheben auf die Freizeitgewohnheiten der Betroffenen, der Eingriff auch in Bereiche privater Lebensführung zeigt eindrücklich das von Niklas Luhmann aus systemtheoretischer Sicht konstatierte „Zerfransen“<sup>79</sup> der Grenze zwischen Arbeit und Freizeit – was wohl damit begründet werden kann, dass der binäre Code Arbeit/Nicht-Arbeit in der DDR so sehr im Vordergrund stand. Die Beispiele des öffentlich-ritualisierten Beschuldigungsverfahrens und der gelenkten, emotionalisierenden Skandalisierung<sup>80</sup> deuten an, dass akademische Erklärungsversuche sozialer Deprivation mit gesellschaftlich tradierten Vorstellungen über Sittlichkeit, Reinheit und Sparsamkeit als positivem Gegenbild korrespondierten.

Zusätzlich verstärkt wurde der pejorative Blick auf „Dissoziale“ durch die Übernahme sowjetischer ‚Parasitengesetze‘ in das DDR-Recht, mit denen die SED unregelmäßige Erwerbsarbeit kriminalisierte.<sup>81</sup> Sozialbetrug – in der Bundesrepublik später häufig mit dem Bild der sozialen „Hängematte“ dargestellt<sup>82</sup> – war demnach ein Phänomen, das auch im „real existierenden Sozialismus“ entschieden angeprangert wurde: Staatliche Gratifikationen seien von

<sup>77</sup> Als Zeuge in dieser Sache. Nur ein kleiner Dieb?, in: *Wochenpost*, 9.2.1968, S. 32; ferner: Als Zeuge in dieser Sache. Der Rangierer, in: *Wochenpost*, 16.8.1968, S. 32; Als Zeuge in dieser Sache. Was die Gesellschaft leistet und wer Gesellschaft leistet, in: *Wochenpost*, 24.9.1971, S. 31f.

<sup>78</sup> Als Zeuge in dieser Sache. Auf der Anklagebank: Alkohol, in: *Wochenpost*, 30.5.1969, S. 32; ähnlich auch später: Im Gerichtssaal notiert: Traurige Gestalt, in: *Wochenpost*, 8.2.1985, S. 32; Im Gerichtssaal notiert: Der labile Lutz, in: *Wochenpost*, 30.1.1987, S. 32; Im Gerichtssaal notiert: Der Alkoholiker, in: *Wochenpost*, 20.1.1989, S. 32.

<sup>79</sup> Niklas Luhmann, *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a.M. 1994, S. 223.

<sup>80</sup> Martin Sabrow, Politischer Skandal und moderne Diktatur, in: ders. (Hg.), *Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR*, Göttingen 2004, S. 7-32, hier S. 25.

<sup>81</sup> „Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung“ vom 24.8.1961; dazu Korzilius, „Asoziale“ (Anm. 17), S. 703.

<sup>82</sup> Etwa: Geht es den Ärmsten der Armen zu gut? Spiegel-Report über Sozialhilfe in der Bundesrepublik, in: *Spiegel*, 20.12.1976, S. 40-52; Armin Reuter, Deutschlands faulster Gärtner lebt seit 10 Jahren vom Sozialamt, in: *Bild*, 2.2.1977; Unverschämte Arme. Sie leben in Saus und Braus – auf unsere Kosten, in: *Quick*, 10.2.1977; Der Sozialstaat bestraft alle, die fleißig arbeiten. Schluß mit den Drückebergern auf unsere Kosten, in: *Neue Revue*, 6.3.1982.

vielen Familien „nicht selten zweckentfremdet genutzt worden“, und Mütterberatungsstellen würden nur dann aufgesucht, wenn „dies zur Auszahlung des Kindergeldes erforderlich schien“,<sup>83</sup> resümierte etwa die Medizinerin Gudrun Bennöhr 1968. Mit dieser Andeutung eines „schmarotzerhaften“ Verhaltens wird die Widersprüchlichkeit der „Armuts“-Wahrnehmung in der DDR offenbar: Dementsprechend konnte es gerade unter den eigentlich unterstützungswürdigen „Armen“ im Sozialismus Menschen geben, die sozialpolitischen Beistand durch „ungemäßes“ Verhalten verwirkten. Personen, die als „unfähig“ erachtet wurden, nach sozialistischen Leistungsprinzipien und der „sozialistischen Moralnorm“<sup>84</sup> zu leben, wurden abgewertet und ausgegrenzt.

Gerade der Topos „Reinlichkeit“ verkörperte die Trennlinie des „sozialen Sinns für Anstand und Abscheu“,<sup>85</sup> an der sich in der DDR der „Gute“ vom „Unanständigen“ bzw. „Liederlichen“ abhob. 1978 untersuchte der Psychiater Reiner Werner, Hochschullehrer der Humboldt-Universität zu Berlin, „Problemfamilien“ und sozial Gefährdete. In seinem Buch, das 1980 und 1982 in Neuauflagen erschien und somit eine größere Reichweite erhielt, beurteilte er das Leben der beobachteten Familien nicht unerwartet als völlig verwahrlost. „Liederlichkeit“ stand den in der DDR erwünschten Vorstellungen von „Tugend“ offenkundig diametral entgegen. Seine Beschreibungen der „fürchterlich stinkenden Wohnung“ und „absoluter Lethargie“ als zentralem „Lebensprinzip“ einer Familie ließen die einzelnen Mitglieder „geistig, kulturell und moralisch-ethisch in unvorstellbarer Weise depraviert“ erscheinen.<sup>86</sup> Anders als die weiter oben erwähnten sozialistischen Vorzeigefamilien, die dank Ordnung, Disziplin und „sinnvoller“ Tagesabläufe eine entsprechende Würdigung fanden, markieren die letztgenannten Beispiele das Gegenstück des Wunschbilds.

Verachtung und Abscheu, Ekel-Regimes und Reinlichkeitsvorstellungen, Überzeichnungen und vereinfachende Erklärungsansätze dienten bei der „Armuts“-Inszenierung in der DDR als eine Art kulturelle „Rückversicherung“.<sup>87</sup> So war es möglich, wünschenswerte Zustände (der Staat habe „generell ausreichende materielle Möglichkeiten für jede Familie“ geschaffen<sup>88</sup>) gegenüber anderen Deu-

<sup>83</sup> Gudrun Bennöhr, *Medizinisch-soziologische Betrachtungen von Säuglingen kinderreicher und kinderarmer Familien einer norddeutschen Großstadt*, Diss. Medizinische Fakultät, Universität Rostock 1969, S. 50f.

<sup>84</sup> Hermine Blümel, *Augenblicklicher Stand der Erfassung und Betreuung dissozialer Familien in einem Berliner Stadtbezirk*, Diss. Medizinische Fakultät, Humboldt-Universität zu Berlin 1970; ähnlich Fritz Ahnert, *Untersuchungen über die Sozialstruktur dissozialer Familien im Kreis Kalbe/Milde*, Diss. Medizinische Akademie, Magdeburg 1969.

<sup>85</sup> Stephen Greenblatt, *Schmutzige Riten. Betrachtungen zwischen Weltbildern*, Frankfurt a.M. 1990, S. 33; vgl. exemplarisch dazu die zeitgenössischen Beschreibungen bei Doris Mackuth/Eberhard Burger, *Über Ursachen und Erscheinungsformen der Dissozialität. Untersuchungen an Familien des Kreises Eberswalde*, Diss. Medizinische Fakultät, Humboldt-Universität zu Berlin 1980.

<sup>86</sup> Reiner Werner, *Problemfamilien – Familienprobleme. Gefährdete im Prisma sozialer Konflikte*, Berlin (Ost) 1978, S. 121ff.

tungsmöglichkeiten (etwa strukturellen Defiziten) hervorzuheben. Die individualisierte, pathologisierte, kriminalisierte und moralisch abgewertete Form von Armut stand in der Kontinuität eines kleinbürgerlichen und an „Respektabilität“ orientierten Wertekatalogs sowie dessen Vorgaben von Arbeitsdisziplin und einer Mäßigung des Körpers, der Sexualität und der Affekte.<sup>89</sup>

## 6. Armut in der DDR – Eine Bilanz

Die glorifizierte Sozialstaatlichkeit der DDR galt der Staats- und Parteiführung bis zum Mauerfall ungebrochen als vermeintlich bestmögliche Lösung von Armut. Rentner und kinderreiche Familien avancierten in der DDR-Öffentlichkeit zum „wahrhaftigen“, weil lebendigen „Beweis“ für die vermeintlich durchgreifende Verwirklichung dieses Postulats. Eine solche Präsentation sollte verdeutlichen: Die eigentlichen Ursachen sozialer Not lägen außerhalb der DDR; die sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse seien nicht armutsfördernd, soziale Ungleichheit und Sozialismus schlicht inkompatibel. Zwar widmeten wissenschaftliche Studien nach dem Mauerbau den Phänomenen der Armut durchaus Aufmerksamkeit. Aber anstelle einer öffentlichen Anerkennung sozialer Fragen, die das Selbstverständnis der Parteiherrschaft herausgefordert hätten, traten mehrere Strategien: Die Armut wurde rhetorisch versteckt, individualisiert oder exkludiert.

Trotz weitreichender sozialer Verbesserungen vor allem ab 1971 wurde eine „Annäherung der Klassen und Schichten“ niemals realisiert. Ein nicht geringer Teil der Bevölkerung blieb deutlich unterhalb der damaligen Mindeststandards in den Bereichen Wohnen, Bildung, Gesundheit oder Ernährung. Erst als in der Sowjetunion das gesellschaftliche Reformprogramm um Glasnost und Perestroika bereits in vollem Gange und das Ende der DDR eingeläutet war, fand die latente Legitimationskrise im zweiten deutschen Staat zunehmend ihren Ausdruck. Missstände auch unterversorgter Bevölkerungsteile wurden in der Belletristik und Fotografie verarbeitet.<sup>90</sup> Einen offenen Armuts-Diskurs hat es in der DDR indes bis 1989 nicht gegeben.

<sup>87</sup> Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders. (Hg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, 2. Aufl. Göttingen 2003, S. 7-49, hier S. 37 (dort bezogen auf die frühe Bundesrepublik, die der DDR in dieser Hinsicht gar nicht unähnlich war).

<sup>88</sup> Dieter Bohndorf, Die Jugendkriminalität 1980 im Vergleich zu 1970 in einem industriellen Ballungsgebiet der DDR. Beitrag zur ursachentheoretischen Konzeption und der empirischen Forschung der Kriminologie in der DDR, unter besonderer Berücksichtigung kriminalistischer Probleme, Diss. B Humboldt-Universität zu Berlin 1983, S. 49.

<sup>89</sup> Vgl. auch Korzilius, „Asoziale“ (Anm. 17), S. 356ff.; Michael Grüttner, Die Kultur der Armut. Mobile Arbeiter während der Industrialisierung, in: ders./Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Armut und Ausgrenzung*, Frankfurt a.M. 1987, S. 12-29.

Die vorgestellten Großgruppen, Rentner und kinderreiche Familien, spiegeln die Komplexität und Ambivalenz von Armut und ihrer diskursiv-öffentlichen Verarbeitung wider: Über typische Techniken des *moral engineering* wurden der Bevölkerung bestimmte Verhaltensregeln vermittelt; abweichendes Verhalten wurde diskriminiert. Während die „guten Armen“ überhöht und hofiert wurden, erfüllte ein kleiner, öffentlich stets präsenter und als „liederlich“ stigmatisierter Bevölkerungsteil bis zum Mauerfall einen systemfunktionalen Zweck. In vielen Punkten lag die DDR frappierend nahe an bürgerlich-kulturkonservativen Ansichten der Bundesrepublik, etwa bei der weit verbreiteten Unduldsamkeit gegenüber Sozialbetrug. Im Gegensatz zum „guten“ Industriearbeiter, der mit Begriffen wie Demut und Ordnung, Anstand und Bescheidenheit, Genügsamkeit und Disziplin, Sparwille und Sauberkeit assoziiert wurde, avancierte der unliebsame „Arme“ durch die Festsetzung eines soziokulturellen, quasi-verbindlichen Normal-Images zu einem symbolischen, aber auch realen Outsider. Obwohl es in der DDR keine Armut geben durfte, konnten sich Images festsetzen, die in diesem Kontext stets virulent waren. Sie prägten Teile der Bevölkerung in Ostdeutschland vermutlich auch über den Bruch von 1989/90 hinweg.<sup>91</sup>

Die hier vorgestellten Befunde verstehen sich als Anstoß für weitere Forschungen: Wie gestaltete sich der Umgang mit Armut in anderen Staaten des „Realsozialismus“? Wo gab es parallele Entwicklungen, wo „typisch (ost)deutsche“ Besonderheiten? Wie unterschied sich das Sprechen über „das Soziale“ von den Spezifika im westlichen Europa? Eine derartige Perspektiverweiterung kann möglicherweise helfen, einerseits überkommene Denktraditionen und Prozesse von „Sowjetisierung“ neu zu beleuchten sowie andererseits Erklärungen dafür zu liefern, wie Minderheiten im vereinten Europa imaginiert werden.

Christoph Lorke, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Historisches Seminar, Domplatz 20-22, D-48143 Münster, E-Mail: christoph.lorke@uni-muenster.de

---

<sup>90</sup> Aus der Literatur etwa Daniela Dahn, *Prenzlauer Berg-Tour*, Halle (Saale) 1987 (u.ö.). Zur Fotografie siehe Agneta Jileks Beitrag in diesem Heft sowie diverse Hinweise im Ausstellungskatalog der Berlinischen Galerie – Landesmuseum für Moderne Kunst, Fotografie und Architektur (Hg.), *Geschlossene Gesellschaft. Künstlerische Fotografie in der DDR 1949–1989*, Bielefeld 2012.

<sup>91</sup> Überlegungen dazu bei Carsten Keller, *Leben im Plattenbau. Zur Dynamik sozialer Ausgrenzung*, Frankfurt a.M. 2005, S. 94–99, und Lindenberger, „Asociality“ and Modernity (Anm. 63).